

EU–USA-Handelsabkommen: Zu schlimm, um wahr zu sein

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag. Ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 30. Juli 2025 aus Griechenland für Reason2Resist. Am 27. Juli, nach monatelangen Auseinandersetzungen und teilweise hitzigen Debatten, gaben die Trump-Regierung und die Europäische Union ein Abkommen bekannt, das Trump als bahnbrechendes Handelsabkommen bezeichnete. Sie nannten es „Cooperation Agreement on Reciprocal, Fair, and Balanced Trade“ (Kooperationsabkommen über gegenseitigen, fairen und ausgewogenen Handel). Nachdem sich der Rauch nach dieser bahnbrechenden Ankündigung gelegt hatte, bezeichneten viele Analysten das Abkommen als Katastrophe für Europa. Am 28. Juli schürte das Weiße Haus die Kontroverse durch die Veröffentlichung eines Factsheets zu den Bedingungen des Abkommens. Das Factsheet stellt die USA als großen Gewinner dieser Verhandlungen dar. Dem Factsheet zufolge wird die Europäische Union den Vereinigten Staaten einen Zollsatz von 15 Prozent entrichten, unter anderem auf Autos und Autoteile, Arzneimittel und Halbleiter. Die sektoralen Zölle der US-Regierung auf Stahl, Aluminium und Kupfer bleiben unverändert, die EU wird weiterhin 50 Prozent zahlen. In dem Factsheet heißt es außerdem, dass die EU während der Amtszeit von Trump massive Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten tätigen wird. Diese neuen Investitionen kommen zu den über 100 Milliarden Dollar hinzu, die EU-Unternehmen bereits jedes Jahr in den USA investieren. Darüber hinaus behauptet das Factsheet, dass die EU ihre Rolle als Energiesupermacht „verdoppeln“ werde, indem sie bis 2028 US-Energieexporte im Wert von 750 Milliarden Dollar kaufe. Und schließlich heißt es in dem Factsheet, dass die Europäische Union zugestimmt habe, bedeutende Mengen an US-Militärausrüstung zu kaufen, wobei jedoch keine konkreten Zahlen genannt wurden. Eine der großen Fragen, die das Factsheet des Weißen Hauses nicht beantwortet hat, war, wer die 600 Milliarden neuen Investitionen in den USA tätigen wird. Werden es europäische Unternehmen, europäische Regierungen oder beide sein? Und wenn man darauf setzt, dass europäische Unternehmen

diesen Betrag investieren, wie kann die Europäische Kommission sie dazu verpflichten oder veranlassen?

Als Reaktion auf die Welle der Kritik veröffentlichte die Europäische Kommission eine Erklärung, die den wichtigsten Punkten der Ankündigung des Weißen Hauses widerspricht. Unter anderem erklärte die Kommission, dass sie das Abkommen über den Kauf fossiler Brennstoffe im Namen von 27 Mitgliedstaaten ausgehandelt habe und nicht befugt sei, über Menge, Art und Herkunft der von Regierungen und Unternehmen erworbenen Energielieferungen zu entscheiden, sodass die EU rechtlich nicht verpflichtet sei, das Ziel eines Ausgabevolumens von 750 Milliarden Dollar für amerikanische Energie zu erreichen. Die Kommission erklärt, dass es sich bei der angekündigten Zahl um einen Richtwert handelt, der auf dem Bedarf der EU in den kommenden Jahren basiert, um den Verbrauch russischer fossiler Brennstoffe schrittweise einzustellen. Was die 600 Milliarden Euro für Investitionen angeht, erklärte die Kommission, dass sie ebenso wie bei den Energiekäufen nicht in der Lage sei, Investitionen im Namen des privaten Sektors zu konzipieren und umzusetzen. Die 600 Milliarden seien ein weiterer Richtwert, der auf den Kontakten der Exekutive zur Industrie basiere. Und schließlich lehnte die Kommission den Kauf von Militärausrüstung aus den Vereinigten Staaten entschieden ab. Sie habe keinerlei Zusagen gemacht, die Käufe von in den USA hergestellten Waffen zu erhöhen.

Um uns bei der Aufarbeitung all dieser Ereignisse zu helfen, ist heute Costas Lapavitsas zu Gast. Costas ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der School of Oriental and African Studies der University of London und regelmäßiger Gast bei Reason2Resist. Bei den Parlamentswahlen im Januar 2015 wurde er für die Syriza-Partei ins griechische Parlament gewählt. Bei diesen Wahlen trat Syriza mit einem Programm gegen die Sparpolitik an. Im Sommer 2015, nachdem der ehemalige griechische Premierminister Alexis Tsipras den Forderungen der Troika nach neuen und härteren Sparmaßnahmen nachgegeben hatte, trat Costas aus Syriza aus. Vielen Dank, dass Sie heute wieder bei uns sind, Costas.

Costas Lapavitsas (CL): Es ist mir ein Vergnügen, Dimitri. Ich freue mich auf unser Gespräch.

DL: Costas, bevor ich Sie bitte, das Abkommen zwischen den USA und der EU zu bewerten, möchte ich kurz mit Ihnen darüber sprechen, worum es in diesem Abkommen eigentlich geht. Wie Sie gerade gehört haben, gibt es einige Widersprüche zwischen den Darstellungen der Europäischen Kommission und denen der US-Regierung. Was können wir auf der Grundlage der bisherigen Angaben der Trump-Regierung und der Europäischen Kommission mit Sicherheit über die wichtigsten Punkte dieses Abkommens sagen?

CL: Nichts. Wir können definitiv nichts mit Sicherheit sagen. Und das ist typisch für Trumps Vereinbarungen. Es handelt sich nicht um ein rechtsgültiges Dokument. Es ist kein ordnungsgemäßer Vertrag zwischen Staaten. So etwas macht Trump nicht. Trump schließt Vereinbarungen ab, die denen ähneln, die er vermutlich als Immobilienmakler in New York getroffen hat. Wir wissen also nicht genau, worum es geht, und wir wissen nicht, ob er damit einen Rechtsstatus erlangt, wer die Vereinbarung durchsetzen wird und welche

Auswirkungen sie hat. Und das ähnelt den Deals, die er mit Japan und mit Großbritannien abgeschlossen hat. Es ist nichts Neues. Das ist typisch für Trump. Wir können also nichts mit Sicherheit sagen. Und das muss wiederholt werden, damit die Leute es verstehen. Darüber hinaus haben wir jedoch auch ein perfektes Beispiel für die politische Schwäche, die der Westen in den letzten Jahren, ja sogar Jahrzehnten, gezeigt hat. Auf der einen Seite haben wir einen Angeber in den Vereinigten Staaten, der sehr aggressiv ist und alles als das Größte, das Beste und den erstaunlichsten Erfolg seit Erfindung der Erfolge bezeichnet. Auf der anderen Seite haben wir diese nicht gewählte Person in der EU, die im Namen anderer verhandelt, obwohl sie nicht wirklich die Macht dazu hat und, wie ich bereits sagte, nicht gewählt wurde. Niemand hat sie durch eine Volksabstimmung ins Amt gehoben. Zumindest Trump, so wie er ist, wurde vom amerikanischen Volk gewählt.

DL: Sie beziehen sich offensichtlich auf...

CL: Ursula von der Leyen wurde nicht gewählt.

DL: Richtig, entschuldigen Sie, Sie haben sich offensichtlich auf Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, bezogen, nur um das zu klären.

CL: Ja, dieser Deal ist im Großen und Ganzen ein außergewöhnlicher, außergewöhnlicher Hinweis auf den Stand der Geopolitik und darauf, wie die westliche Welt funktioniert. Hätte mir das jemand vor 20 Jahren gesagt, hätte ich ihn für verrückt erklärt. Und doch sind wir genau an diesem Punkt angelangt. Das ist die Realität. Das geschieht zwischen den beiden größten Wirtschaftsböcken der Welt. Soviel zum Stand des Abkommens. Wenn wir jedoch darüber hinausgehen und es anhand der Ankündigungen beurteilen, ist es ein Sieg für die Vereinigten Staaten. Es ist ein großer Sieg für die Vereinigten Staaten, weil die Europäische Union während des gesamten Prozesses lautstark verkündet hat, sich gegen den Angeber und aggressiven Dränger in Washington zu stellen, und dann nichts dergleichen getan hat. Nichts dergleichen. Und tatsächlich sieht es für die Europäische Union sogar noch schlechter aus, denn als die Briten im Mai aus der EU austraten, hat die Europäische Union sie als Diener der Vereinigten Staaten bezeichnet. Und viele Brexit-Kritiker in Großbritannien waren übrigens erfreut über diese Äußerung der Europäischen Union, weil sie damit bewiesen hat, dass man als einzelner Staat, der aus der Europäischen Union austritt, kein gutes Abkommen mit den Vereinigten Staaten aushandeln kann. Und nun stehen wir hier, die Europäische Union, die auf den ersten Blick ein schlechteres Abkommen ausgehandelt hat als Großbritannien. Sie hat sich im Grunde genommen den Vereinigten Staaten ausgeliefert. Aber ich wiederhole noch einmal: Was sich in der Praxis tatsächlich herausstellen wird, bleibt abzuwarten. Und wir können darüber diskutieren. Wir können uns mit den Details befassen.

DL: Nehmen wir einmal an, dass das Factsheet korrekt ist. Ich habe die Bedingungen zusammengefasst. Gibt es in diesen Bedingungen – wiederum unter der Annahme, dass dies die Vereinbarung ist und dass die Parteien sich daran halten werden – irgendetwas, was aus Sicht der Europäer eine Verbesserung gegenüber dem Status quo unmittelbar bevor Trump ins Weiße Haus zurückkehrte, darstellt? Haben sie durch diese Vereinbarung irgendwelche

Vorteile erhalten, die sie vor Trumps Amtsantritt nicht hatten? Ich habe darin nichts dergleichen gefunden, aber vielleicht habe ich etwas übersehen.

CL: Ganz und gar nicht. Wie ich bereits sagte, ist es auf den ersten Blick eine Katastrophe. Es ist eine totale Niederlage für die Europäische Union. Diejenigen, die versuchen, dies als einen Erfolg darzustellen, vergleichen es nicht mit der Situation vor Trumps Amtsantritt. Sie vergleichen es mit dem, was hätte passieren können, wenn Trump seine Drohungen vollständig umgesetzt hätte. Diejenigen, die dieser Katastrophe etwas Glanz verleihen wollen, behaupten, die Zölle hätten 30 Prozent betragen können. Zumindest haben wir jetzt 15 Prozent. Oder dass die vorübergehenden Zölle auf deutsche Autos höher waren. 27,5 Prozent, wenn ich mich recht erinnere, jetzt sind es 15 Prozent. Aber nein, die Europäische Union hat nichts erreicht. Nichts, was man als Sieg bezeichnen könnte. Im Grunde hat sie in unterschiedlichem Maße den Forderungen Trumps nachgegeben. Aber ich wiederhole noch einmal: Was dabei herauskommen wird, ist eine andere Geschichte.

DL: Konzentrieren wir uns also auf den Zollsatz von 15 Prozent, der laut Factsheet weiterhin gelten wird, unter anderem für Autos und Autoteile, Arzneimittel und Halbleiter. Können Sie uns einen Eindruck davon vermitteln, wie sich dieser Zollsatz in den kommenden Jahren voraussichtlich auf die EU-Wirtschaft auswirken wird?

CL: Ja, die Auswirkungen werden sehr groß sein, auch in Deutschland. Das wirtschaftliche Zentrum der Europäischen Union, das industrielle Herzstück der EU, ist Deutschland. Soweit Europa über einen Industriekomplex verfügt, befindet sich dieser in Deutschland und den umliegenden Ländern, die sich im Wesentlichen um Deutschland drehen, Polen, Tschechien usw. sowie in Italien, dem anderen großen Industriezentrum. Auch im Vereinigten Königreich, das nicht zur EU gehört, gibt es bedeutende Industriezweige, aber diese Industrie ist nicht wirklich eine Rückgratindustrie. Es handelt sich um neue Technologien und ähnliches, in denen das Vereinigte Königreich dem Rest Europas voraus ist. Die Verhandlungen, die zu diesem Abkommen geführt haben, das Zölle auf 70 Prozent der europäischen Exporte vorsieht, treffen also in erster Linie Deutschland. Sie werden die Automobilindustrie treffen. Die Automobilindustrie in Deutschland befindet sich ohnehin in einer schwierigen Lage, da wir uns von den Verbrennungsmotoren wegbewegen. Wir bewegen uns in Richtung Elektrofahrzeuge. Deutschland ist in diesem Bereich nicht gut und wettbewerbsfähig. Es kann nicht mit China konkurrieren. Tatsächlich könnte China die gesamte deutsche Elektroautoindustrie sehr bald vom Markt drängen. Der 15-prozentige Zoll auf Automobile, der die US-Automobilproduktion schützt, ist daher eine Katastrophe für Deutschland. Die Automobilhersteller haben sich bereits beschwert. Dies wird den ohnehin schon dramatischen Druck auf die deutsche Wirtschaft weiter erhöhen. Es geht nicht um das Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten. Deutschland befand sich aus den bereits genannten Gründen in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Seine industrielle Basis, die auch die industrielle Basis Europas ist, ist veraltet. Sie ist veraltet. Sie ist nicht wettbewerbsfähig und konzentriert sich auf Bereiche, die nicht auf dem neuesten Stand der Technik sind. Einer davon ist die Automobilindustrie. Verbrennungsmotoren sind einer davon, Werkzeugmaschinen ein anderer, Chemikalien ein dritter. Deutschland steht also

bereits vor der dringenden Notwendigkeit, diese Industrie umzustrukturieren. Sie ist nicht wettbewerbsfähig. Es läuft nicht gut. Das wird es noch verschlimmern. Die Lage für Deutschland ist derzeit nicht gut. Wir werden sehen, wie die deutsche Elite damit umgeht. Ihre Optionen sind nicht gut. Aber ihre Haltung ist noch schlechter.

DL: Kommen wir nun zur zweiten Kategorie von Zöllen, den sektoralen Zöllen auf Stahl, Aluminium und Kupfer, die laut Factsheet unverändert bleiben sollen. Diese sind um 50 Prozent höher als die Zölle auf Automobile, Arzneimittel und Halbleiter. Wie schätzen Sie die mittel- bis langfristigen Auswirkungen der sektoralen Zölle auf die europäische Wirtschaft ein?

CL: Das ist tatsächlich sehr interessant, und zwar nicht so sehr in Bezug auf was es über Europa aussagt, sondern was es über die Vereinigten Staaten aussagt. Trump ist unnachgiebig geblieben, was die Zölle auf Stahl und Aluminium angeht. Viele Menschen in Europa, insbesondere aus dem Finanzsektor, die von der Produktion nicht wirklich Ahnung haben, spielten das herunter. Einige von ihnen stellen dies in der Financial Times und anderswo als Zölle auf Macho-Rohstoffe dar, weil Stahl und Aluminium angeblich Macho-Rohstoffe sind. Ich habe diesen Begriff von vermutlich seriösen Journalisten in der Finanzpresse gelesen. Das zeigt nur, wie wenig diese Leute aus der Finanzbranche verstehen. Das sind keine Macho-Rohstoffe.

Es handelt sich um Schlüsselrohstoffe für die gesamte industrielle Produktion, insbesondere für die Rüstungsindustrie. Ohne eine starke Basis in der Aluminium- und Stahlproduktion ist eine nachhaltige Rüstungsproduktion in einem Land unmöglich. Und Trump scheint das zu verstehen. Meiner Meinung nach ist Trumps Beharren auf diesen Zöllen für diese beiden Rohstoffe, die er gegenüber allen Ländern, mit denen er zu tun hat, durchgesetzt hat, bezeichnend für die derzeitige Ausrichtung der Elite der Vereinigten Staaten. Aber es militarisiert die Wirtschaft und stellt sicher, dass sie die Fähigkeit zur Produktion vieler dieser grundlegenden Rohstoffe für die militärische Produktion zurückgewinnt. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist viel größer, als die der Russen. Aber in der Stahlproduktion ist sie nicht so viel größer. Und das ist wiederum bezeichnend dafür, wie sich der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten entwickelt hat. Trump scheint das zu verstehen. Und er besteht darauf und will die Energien des US-Kapitalismus wieder auf die Stahl- und Aluminiumproduktion lenken, nicht zuletzt für Kriegszwecke. Denn Europa ist natürlich stark betroffen. Europa scheint das nicht zu verstehen.

DL: Glauben Sie, dass die Vereinigten Staaten über die Kapazitäten verfügen werden, die US-Industrie über die Kapazitäten verfügen wird, um die Nachfrage nach Aluminium und Stahl zu decken?

CL: Sie wird sie wieder aufbauen. Man sollte den amerikanischen Kapitalismus nicht unterschätzen. Ich bin der Erste, der seine Schwächen anspricht, und ich habe dies schon oft getan, nicht zuletzt in unseren Diskussionen, aber es wäre ein schwerwiegender historischer Fehler, den US-Kapitalismus zu unterschätzen. Im Moment scheint Trump uns mit Stahl und Aluminium zu signalisieren: Ja, wir bewegen uns in Richtung einer verstärkten militärischen

und damit imperialistischen Positionierung der Vereinigten Staaten in der Welt. Es gibt noch andere Anzeichen, starke Anzeichen, und ich bin sicher, dass wir im Laufe der Zeit noch darüber sprechen werden. Aber das ist eines davon.

DL: Ich möchte auch auf die Behauptung eingehen, dass europäische Investoren zusätzlich zu den derzeitigen Investitionen europäischer Unternehmen in Höhe von 100 Milliarden Dollar weitere 600 Milliarden Dollar in die Vereinigten Staaten investieren würden. Ich behaupte nicht, ein Experte für die Zuständigkeit und Befugnisse der Europäischen Kommission zu sein, aber ich habe große Schwierigkeiten zu verstehen, wie die Europäische Kommission europäische Konzerne dazu bewegen könnte, eine so unglaubliche Summe wie 600 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten zu investieren. Ich könnte mir vorstellen, dass sie Anreize schaffen könnten, um europäische Unternehmen zu Investitionen in Europa zu bewegen. Aber ist das angesichts der Struktur der Europäischen Union überhaupt realistisch?

CL: Keinerlei Einflussmöglichkeiten. Das ist die Wahrheit. Das ist nur heiße Luft, richtig? Hinter den Kulissen werden sie vielleicht ein paar Hebel betätigen. Hinter den Kulissen werden sie vielleicht ein paar Leute unter Druck setzen. Sie werden vielleicht wieder versuchen, verschiedenen Industriellen hinter den Kulissen das Ohr abkauen. Das werden sie vielleicht tun. Von der Leyens Einfluss ist nicht so groß. Sie stellt sich gerne als wichtige Akteurin auf der Weltbühne dar, aber das ist sie nicht. Es ist also nur ein Versprechen, das ihre Unfähigkeit zeigt, sich Trump entgegenzustellen. Die Summen sind übrigens sehr ähnlich zu denen, mit denen Trump gerne um sich wirft: 500 Millionen hier, 500 Millionen dort, 600 Millionen insgesamt. Das ähnelt den Fristen, die er setzt. 50 Tage hier, einen Monat dort, zwei Wochen hier. Er denkt sich das einfach so aus, wie es ihm gerade passt.

Die Zahl von 600 Milliarden für Käufe, von denen offenbar ein Teil für Waffen bestimmt ist, ohne dass gesagt wird, um welche Waffen es sich handelt, ist also nur eine Zahl. Es ist nur eine Zahl und ein Hinweis auf die Verhandlungsfähigkeit. Nicht mehr als das. Von der Leyen hat keine Kapazitäten. Ihr Budget ist kaum größer als eine Billion, und das schon seit mehreren Jahren, und Ihr Budget ist bereits verplant. Sie hat einfach nicht die Kapazitäten. Ähnliches gilt für die angekündigten 750 Milliarden für Energiekäufe, vor allem für fossile Brennstoffe und Flüssigerdgas. Das ist zu viel. Ich glaube nicht, dass es dazu kommen wird. Ich halte das für nicht machbar. Die Summen sind viel größer als hier, sogar um ein Vielfaches, in der Größenordnung von drei- oder viermal so hoch wie bisher. Ich bezweifle sehr, dass die Kapazitäten vorhanden sind, um solche Mengen zu produzieren und nach Europa zu transportieren. Aber es sagt etwas über die europäische Elite aus, die entschlossen ist, Russland zu bekämpfen und abzuschotten, und die in Sachen Energie zu allem bereit ist, um Russland abzuschotten, selbst wenn das sehr hohe Energiekosten bedeutet. Für Deutschland gilt das ganz besonders, wie ich bereits erwähnt habe. Wenn sich das durchsetzt und die Energiekosten für die deutsche Industrie in den kommenden Jahren so hoch bleiben, dann sieht die Lage für den deutschen Kapitalismus nicht gut aus. Und wenn die Lage für den deutschen Kapitalismus nicht gut aussieht, dann sieht die Lage für die Europäische Union nicht gut aus, denn das wirtschaftliche Herz der EU ist Deutschland.

DL: Ich möchte mich zu einer komplexen Frage äußern, die meiner Meinung nach nicht allein anhand einer wirtschaftlichen Analyse beantwortet werden kann, aber ich bin neugierig auf Ihre Meinung dazu: Ich habe mit Staunen beobachtet, wie wir in den letzten 22 Monaten dieses Schreckens in Westasien miterleben mussten, dass die europäischen Regierungen trotz des Drucks aus der Bevölkerung, Israel in irgendeiner Weise Einhalt zu gebieten, das Land in Wirklichkeit auf ganzer Linie außerordentlich unterstützt haben. Ich habe mich oft gefragt, inwieweit die Politik der europäischen Regierungen gegenüber Israel und dessen Krieg in der Region durch die Überzeugung der europäischen Elite motiviert ist, dass sie sich für die kommenden Jahre den Zugang zu fossilen Brennstoffen aus dieser Region sichern müssen, und zwar in größerem Umfang, als sie dies in der Vergangenheit konnten. Glauben Sie, dass ihre Entscheidung, ihre Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu verringern, wenn nicht sogar ganz aufzuheben, ihre Haltung gegenüber ihrer Außenpolitik nicht nur gegenüber Israel, sondern beispielsweise auch gegenüber dem Iran und anderen Ländern in der Region beeinflusst? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Einstellung russischer fossiler Brennstoffe und der Politik im Nahen Osten, oder glauben Sie, dass andere Überlegungen die Politik dort bestimmen?

CL: Meiner Meinung nach ist das definitiv ein Faktor. Wenn man sich Imperialisten und ihre Position auf der Weltbühne und in der Weltwirtschaft ansieht, kann man die damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen niemals außer Acht lassen. Aber natürlich wird die Haltung einer imperialistischen Macht nicht nur von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. In diesem Fall ist die Sicherung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen definitiv ein Faktor. Aber es gibt noch andere, wichtigere Überlegungen und Prioritäten, die vorangehen, nämlich die Verbindung zu den Vereinigten Staaten und die ideologische Bindung an Israel, die unter diesen europäischen Mächten sehr unterschiedlich ist. Für Deutschland gilt das eine, für Großbritannien etwas ganz anderes, für Italien wieder etwas anderes und so weiter. Die Gewichtung ist also unterschiedlich. Entscheidend für Europa ist vor allem seine ausgeprägte Unfähigkeit, militärisch unabhängig zu sein. Sie haben ihre eigene Schwäche erkannt und hängen derzeit hinter den Vereinigten Staaten hinterher.

Und ich kann das ganz konkret sagen. Vor mehr als einem Jahrzehnt haben Frankreich und Großbritannien, im Grunde genommen mit voller Unterstützung der Vereinigten Staaten, interveniert und das Gaddafi-Regime in Libyen gestürzt. Niemand hat wirklich verstanden, warum das geschehen ist. Warum war das so wichtig? Und die Folge war natürlich eine Katastrophe. Es ist eine Katastrophe, weil man den Staat Libyen zerstört hat. Im Wesentlichen gibt es in weiten Teilen der nordafrikanischen Küste keine souveräne Macht mehr. Die Folge sind Ströme von Einwanderern, die über das Mittelmeer kommen, dabei oft ums Leben kommen und plötzlich in Frankreich, Großbritannien und anderswo ankommen, was zu allen möglichen sozialen Reaktionen führt. Man könnte nun meinen, dass sie dies getan haben, um sich fossile Brennstoffe zu sichern. Nicht, dass Gaddafi ihnen kein Öl verkauft hätte. Aber das haben sie nicht. Die Wahrheit ist, dass sie keine separate, unabhängige Kontrolle über die fossilen Brennstoffvorkommen Libyens und dergleichen erlangt haben. Es ist nicht so, als ob Frankreich und Großbritannien interveniert haben, weil sie die Ressourcen Libyens kontrollieren wollten. Ja, das hätte ihnen nichts ausgemacht, aber

so ist es nicht gekommen. Sie haben einfach nur Chaos verursacht. Sie haben eine Katastrophe verursacht. Sie haben es aus Gründen der damaligen Zeit getan. Und es ist nach hinten losgegangen. Im Wesentlichen ist es nach hinten losgegangen. Es hat, wie ich bereits sagte, nur Anarchie und Chaos für Frankreich und Großbritannien verursacht.

DL: Im Laufe Ihrer politischen Karriere, Costas, haben Sie schmerzhaft Erfahrungen im Umgang mit wirtschaftlichen und politischen Tyrannen gemacht. In Ihrem Fall waren die Tyrannen der IWF, die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission. Ich beziehe mich natürlich auf Ihre Zeit als Abgeordneter der Syriza und die Bemühungen der Troika, Griechenland ihre eigenen Auflagen aufzuzwingen und so weiter. Angesichts Ihrer Erfahrung und Ihrer wirtschaftlichen Expertise: Wenn Sie in diesen Verhandlungen federführend gewesen wären, wenn Sie das Sagen gehabt hätten, wenn Sie über die Reaktion auf Trumps Zölle, Drohungen und Forderungen nach massiven Investitionen entschieden hätten, welche Strategie hätten Sie im Namen Europas verfolgt, um dem Tyrannen zu begegnen?

CL: Wir können aus den katastrophalen Erfahrungen von Syriza lernen, insbesondere wenn wir darüber diskutieren wollen, wie man es sozusagen von unten heraus im Interesse der arbeitenden Bevölkerung machen würde, oder? Denn das ist sehr, sehr wichtig. Aber wir müssen gar nicht so weit gehen. Wir können anhand von China herausfinden, was die Europäische Union hätte tun können oder möglicherweise getan hat. Wir haben ein Beispiel. Wir haben ein Beispiel für den Umgang mit Trump. Und China bietet es uns, weil China das Hauptziel von Trump war, nicht wahr? Das war sein absichtliches Vorhaben. Und es ist nicht nur Trump, Biden war ähnlich. Trump war der Erste, der in seiner ersten Amtszeit als Präsident Zölle gegen China verhängt hat. Wir wissen also, dass es ein langjähriges Ziel der US-Elite ist, Chinas Handelsposition zu schwächen. Das ist uns bekannt. Trump drohte China dann, wie Sie sich erinnern werden, mit Zöllen in Höhe von 150 Prozent; ich meine, diese lächerliche Phase, in der sich beide Seiten gegenseitig überboten. China hat sich ihm entgegen gestellt. Und tatsächlich ist es das einzige Land, das dies getan hat. Es hat sich ihm entgegen gestellt und im wahrsten Sinne des Wortes mit gleicher Münze zurückgezahlt. Denn es hat sofort Maßnahmen ergriffen, um die Lieferung der Seltenen Erden zu beschränken, die die Vereinigten Staaten für ihre Industrie und ihre weltweite Produktion benötigen. Und es hat gezeigt: Wenn ihr uns Schaden zufügt, werden wir das auch tun. Und davon hat er profitiert. Die Wahrheit ist, dass Trump zurückgerudert ist und eine Art neutrales Abkommen erzielt wurde. Beide Seiten scheinen damit leben zu können. Warum war das möglich? Weil China nicht von einer unterwürfigen Elite regiert wird, das ist völlig klar, sondern weil es sich auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen und seine eigenen Interessen durchsetzen kann.

Wir können darüber streiten, ob China sozialistisch ist. Ist China kommunistisch? Ist China kapitalistisch? Darauf möchte ich nicht eingehen. Ich würde sagen, dass die chinesische Wirtschaft in erster Linie kapitalistisch ist und dass sie dadurch funktioniert, aber sie ist nicht kapitalistisch im gleichen Sinne wie die Wirtschaft der Vereinigten Staaten. Sie basiert vielmehr auf großen Konzernen, riesigen Monopolen, die sich in öffentlicher Hand befinden

und von der Regierung und dem Staat geführt werden. Das ist die Kommunistische Partei, die keine echte kommunistische Partei ist. Sie ist lediglich ein Mechanismus zur Kontrolle der Märkte, der Wirtschaft und der Gesellschaft, der sich sehr klar zur nationalen Souveränität bekennt. Auf dieser Grundlage genießt sie starke Unterstützung durch das chinesische Volk. Das chinesische Volk möchte vielleicht Demokratie, beklagt vielleicht den Mangel an Demokratie, das ist natürlich alles wahr. Aber es erkennt und versteht, dass die nationale Souveränität etwas ist, das von der chinesischen Regierung gefordert und verteidigt wird. So ist die chinesische Regierung in der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten aufgetreten und hat sich durchgesetzt. Es ist ihr gelungen, die Vereinigten Staaten zurückzudrängen.

Der Unterschied zu Europa ist erstaunlich, selbst im Vergleich zu Großbritannien. Großbritannien hat allein verhandelt. Es hat nicht auf der Grundlage der Souveränität verhandelt. Es hat auf der Grundlage verhandelt, dass man sanft vorgehen und die Amerikaner davon überzeugen will, uns nicht allzu sehr zu schaden. Und was die EU angeht, so hat sie einfach sofort nachgegeben. Die Lehre daraus ist eindeutig: Wenn man sich Trump entgegenstellt, muss man sich auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen können und klar sagen: Ich werde den imperialistischen Forderungen der USA nicht nachgeben. Ich werde die Interessen meines Volkes und meines Landes verteidigen. Hier sind meine roten Linien, und ich werde sie verteidigen. Und China hat das getan. Und es hat den Weg aufgezeigt. Das ist der Weg, den man gehen muss. Wenn man das aus der Perspektive der Arbeiter, aus einer populären Perspektive tun will, was ich befürworten würde, dann stützt man sich direkt auf die Unterstützung der Bevölkerung, auf eine wirklich sozial radikale und innovative Weise. Das ist immer möglich. Das ist in China aufgrund der Natur des Regimes nicht der Fall, aber es ist dennoch eine Lehre für uns.

DL: Könnten Sie das bitte etwas näher erläutern, was Sie damit meinen, in einer populären und sozialistischen Art und Weise?

CL: Sie müssen Ihre Binnenwirtschaft umgestalten. Sie müssen den Menschen eine Beteiligung, eine echte Beteiligung an der Wirtschaft verschaffen, nicht nur auf der Grundlage der nationalen Souveränität, der Verteidigung Ihrer nationalen Würde und Ihrer nationalen Interessen, sondern indem Sie tatsächlich das soziale Gleichgewicht zugunsten der Armen und der arbeitenden Bevölkerung verändern. China ist ein sehr ungleiches Land. Es ist eines der Länder mit der größten Ungleichheit weltweit. Die Chinesen wissen, dass sie ihre nationale Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen müssen, denn sie erinnern sich noch sehr gut daran, was mit China geschah, als seine Souveränität und Unabhängigkeit von den westlichen Mächten negiert wurden und sie im Grunde genommen zu Sklaven wurden. Das verstehen sie sehr gut und wollen es nicht noch einmal erleben. Gleichzeitig sind die sozialen Ungleichheiten jedoch enorm, auch wenn es den Menschen insgesamt besser geht als früher. Eine Volksregierung würde dies daher mit einem sozialen Wandel und einer Organisation der Wirtschaft zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und der ärmeren Menschen verbinden. Bei Gott, die Vereinigten Staaten brauchen das mehr als jeder andere. Das ist es, was ich meine.

Ich kann das für Sie anhand von Griechenland, das Sie zuvor erwähnt haben, genauer erläutern. Griechenland hat 2015 Verhandlungen mit der von Ihnen erwähnten Troika aufgenommen. Und im Grunde genommen hat die Troika Syriza ausmanövriert, denn Syriza hat im Grunde genommen alle Kämpfe verloren. Allerdings gab es im Sommer 2015, also vor zehn Jahren, eine Volksabstimmung, ein Referendum. Als das griechische Volk gefragt wurde, ob es ein weiteres Rettungspaket wolle oder eine andere Position einnehmen wolle, natürlich eine andere Position, bei der die Bank aus dem Euro austritt, sprachen sich zwei Drittel der Bevölkerung für eine andere Position aus. Meiner Meinung nach war dies durch das nationale Interesse motiviert. Der Grund, warum die Menschen damals mit überwältigender Mehrheit mit Nein stimmten, war, dass sie das Gefühl hatten, ihr Nationalstolz und ihre nationale Souveränität würden verletzt, und das wollten sie nicht zulassen. Sie wollten sich nicht von der Troika vorschreiben lassen, was sie zu tun haben. Das war nicht mit einem sozialen Wandel verbunden. Denn dazu war die Syriza-Regierung nicht in der Lage. Und am Ende hat die Syriza-Regierung ihr Wort gebrochen. Aber das zeigt Ihnen die Fähigkeit, sich gegen ausländischen Druck, gegen imperialistischen Druck zu wehren. Man muss mit nationaler Souveränität und nationaler Würde beginnen und dies dann mit einem sozialen Wandel verbinden. Das ist eine sehr wirkungsvolle Mischung. Das war in der Geschichte immer eine sehr wirkungsvolle Kombination und ist es auch heute noch. Und wir müssen abwarten, wer dies in den kommenden Jahren schaffen wird.

DL: Ich möchte zu einem anderen Thema kommen, Costas. Die Financial Times berichtete kürzlich, dass Chinas Bestände an US-Staatsanleihen zum ersten Mal seit 2000 unter die des Vereinigten Königreichs gefallen sind. Der Wert der von chinesischen Investoren gehaltenen Staatsanleihen sank Ende März 2025 auf 765 Milliarden Dollar, gegenüber 784 Milliarden Dollar im Vormonat. Die Bestände britischer Investoren stiegen hingegen um fast 30 Milliarden Dollar auf 779 Milliarden Dollar. Damit liegt Großbritannien derzeit oder zumindest zu diesem Zeitpunkt knapp vor China. Laut der Financial Times hat Peking seine offiziellen Bestände an US-Staatsanleihen seit ihrem Höchststand von über 1,3 Billionen Dollar im Jahr 2011 schrittweise reduziert und in andere Vermögenswerte wie US-Agenturanleihen und Gold diversifiziert. Warum sind Ihrer Meinung nach, Costas, die chinesischen Bestände an US-Staatsanleihen auf dieses Niveau gesunken, und sollte die US-Regierung darüber besorgt sein?

CL: Wir kommen zum Kernpunkt der, in gewisser Weise, hegemonialen Auseinandersetzungen, die die moderne Welt im Grunde genommen prägen. Der Grund, warum China dies tut, ist die Kluft; das ist in gewisser Weise das einfachste Argument. China tut dies, weil es gesehen hat, wie die Vereinigten Staaten mit Afghanistan, dann mit dem Iran und dann offensichtlich mit Russland verfahren sind, als es um die Haltung von Reserven in US-Dollar ging. All diese Länder waren im Wesentlichen mit einer Beschlagnahmung oder Einfrierung ihrer Reserven konfrontiert. Mit anderen Worten: Die Vereinigten Staaten haben Dollarreserven und den Dollar als Waffe eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen. Und ich wiederhole: Das gilt nicht nur für Russland. Russland ist der größte und eklatanteste Fall, aufgrund der Summen, um die es geht, um das große Geld. Aber dasselbe gilt für den Iran. Der Iran stand vor einem sehr ähnlichen Problem, und natürlich auch Afghanistan. China, das

von der Kommunistischen Partei regiert wird, die ich bereits erwähnt habe und die die nationale Unabhängigkeit sehr ernst nimmt, hat erkannt, dass angesichts der zunehmenden Spannungen mit den Vereinigten Staaten, die aufgrund des immer heißer werdenden Hegemonialkampfs zunehmen, das Halten von US-Dollar vielleicht nicht das Klügste ist, was die chinesische Regierung tun kann, und versucht daher systematisch, seine Bestände zu reduzieren. Das geschieht offenbar dort.

Noch ein Punkt zu diesem Thema, den Ranglisten, bevor ich Ihnen mehr über die chinesischen Reserven erzähle. Das Vereinigte Königreich ist zum zweitgrößten Gläubiger aufgestiegen, aber das liegt nicht an den Anhäufungen der britischen Regierung. Das Vereinigte Königreich fungiert im Wesentlichen als Verwahrstelle. Es handelt sich um US-Staatsanleihen, die sehr oft in Privatbesitz sind oder anderen Vertretern und Unternehmen gehören, deren Namen nicht bekannt sind, aber sie werden im Vereinigten Königreich gehalten. Sie zählen also als britische Bestände, sind aber nicht tatsächlich britische Bestände. Es handelt sich also im Grunde genommen um internationale Bestände, und nur Gott weiß, was darin enthalten ist. Tatsache bleibt jedoch, dass Japan an erster Stelle steht, was den Bestand an Staatsanleihen angeht, und dass China aus den von mir genannten Gründen zurückgefallen ist. In diesem Zusammenhang muss man sagen, dass die Leute dies hochrechnen und sagen, China werde den Bestand auf null reduzieren oder was auch immer, dass es den Wert verringern werde, aber so einfach ist das nicht. Es ist für China nicht sehr einfach, seine Bestände zu reduzieren. Und es ist sicherlich nicht einfach für China, sie auf unbedeutende Beträge zu reduzieren, denn der Dollar ist die Weltwährung. Der Dollar ist die Weltwährung, mit der chinesische Unternehmen und die chinesische Wirtschaft und andere Machtfaktoren agieren. Der Yuan kann ihn nicht ersetzen. Diejenigen, die glauben, dass die chinesische Währung den Dollar kurzfristig ersetzen kann, verstehen nicht, worum es geht. China wird also weiterhin seine Dollar-Exposure reduzieren. Aber es ist klar, dass es dabei nur den Umfang reduziert.

Es gibt hier noch eine weitere wichtige Dimension, der man sich bewusst sein muss. China hält sehr viele Dollar. Chinesische Unternehmen, die großen Konzerne, die ich zuvor erwähnt habe, brauchen den Dollar, um weltweit tätig zu sein. Sie haben riesige globale Aktivitäten, die sie in Dollar abwickeln. Sie brauchen also selbst Dollar-Liquidität. China kann keine Dollar-Liquidität generieren, besonders nicht sehr schnell. Es kann seine Reserven verkaufen und Dollar erhalten, aber wenn es das tut, würde der Wert der Reserven zusammenbrechen. Das Ausmaß, in dem es die Reserven reduzieren und in Liquidität umwandeln kann, ist also begrenzt. Die Menschen müssen verstehen, dass dies eine Einschränkung für China ist, und die Vereinigten Staaten wissen das sehr gut. Was wir hier also erleben, ist eine Neuanpassung. Eine Neuanpassung der chinesischen Position, eine Verringerung seines Engagements. Ich kann das verstehen, es ist eine logische Maßnahme der chinesischen Regierung, aber es gibt Grenzen, wie weit diese Reduzierung gehen kann.

Ich kann Ihnen mehr dazu sagen, sobald wir zu anderen Formen der Geldverwaltung kommen. Aber zuvor möchte ich noch etwas zu den Vereinigten Staaten äußern. Denn für China ist die Lage klar. Was jedoch in den Vereinigten Staaten geschieht, ist komplexer und

in gewisser Weise wichtiger. Staatsanleihen machen einen sehr großen Teil der Verschuldung der US-Regierung aus. Auf diese Weise nimmt die US-Regierung Kredite auf. Sie sind der größte Vermögenswert der Welt, der größte, der umfangreichste, sie sind die Grundlage für alle wichtigen Märkte der Welt. Deshalb ist der Dollar die Weltwährung, nicht wahr? Die Verschuldung der Vereinigten Staaten liegt derzeit bei etwa 36 Billionen Dollar. Das sind 110 bis 115 Prozent des BIP – eine enorme Summe. Das entspricht dem Niveau in Kriegszeiten. Was sagt uns das? Viele Leute schlussfolgern daraus und reden davon, dass eine Finanzkrise bevorsteht, nur weil die Schulden steigen. Das mag sein oder auch nicht, nicht wahr? Ich möchte nicht von einer sich abzeichnenden Krise sprechen, nur weil die Summen immer größer werden. Was wir jedoch verstehen müssen, ist die missliche Lage der US-Wirtschaft und die Kräfte, die dazu geführt haben. Denn das gibt Ihnen ein Gefühl für Trumps Vorgehen. Die Verschuldung der Vereinigten Staaten ist seit der großen Krise von 2007 bis 2009 auf ein außergewöhnliches Niveau gestiegen. Diese Krise war grundlegend. Sie signalisierte in gewisser Weise das Ende einer Ära, den Höhepunkt der Finanzialisierung der US-Wirtschaft und den Höhepunkt der Globalisierung.

Seitdem wurden die Kräfte des Profitstrebens, des finanziellen Profitstrebens, des industriellen Profitstrebens und des kommerziellen Profitstrebens abgeschwächt, und es ist ein Staat entstanden, der die kapitalistische Wirtschaft stützt. Der Staat hat im Grunde genommen die Rechnung übernommen oder die Wirtschaft der Kernländer auf die erforderliche Weise angekurbelt. Ohne den Staat wäre es nach der großen Krise von 2007 bis 2009 zu einer Katastrophe gekommen. Das haben wir im Fall der Vereinigten Staaten sehr deutlich gesehen. Damals begann die Verschuldung zu steigen. Die US-Regierung begann, ihre Schulden zu erhöhen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Ein wichtiger Weg, dies zu erreichen, war die gleichzeitige Geldschöpfung durch die US-Notenbank Federal Reserve. Es handelt sich also gewissermaßen um eine zweigleisige Maßnahme. Einerseits nimmt der Staat hohe Kredite auf, andererseits schafft die Zentralbank, die Federal Reserve, Geld und kauft die Schulden oder einen großen Teil davon auf. Das ist eine außergewöhnliche Kombination von Kräften, die wir in der Geschichte des Kapitalismus noch nie gesehen haben. Und das dauert nun schon seit mehr als anderthalb Jahrzehnten an. Eine direkte Folge davon ist natürlich die Stützung der Aktienmärkte. Der Grund, warum sich der Aktienmarkt erholt hat und immer stärker wird, ist genau dieser. Der Staat nimmt Kredite auf, die Zentralbank schafft Liquidität, die durch Staatsanleihen gedeckt ist, und verschiedene Finanzinstitute, nicht unbedingt Banken, sondern auch Pensionsfonds, BlackRock und andere, verfügen über die Liquidität, mit der sie spielen können. Und so wird der US-Aktienmarkt immer stärker und vermittelt den Eindruck, dass der US-Kapitalismus immer stärker wird. Aber wenn man sich die Zahlen ansieht, ist das nicht der Fall. Der US-Kapitalismus wächst nicht stark. Und was ihn am Leben hält, ist der Staat. Aber natürlich nimmt der Staat dafür Kredite auf. Er leiht sich Geld. Und es gibt eine Grenze, wie viel Geld er schaffen kann. Das ist es, was derzeit geschieht. Dort sieht man die Spannungen entstehen.

Die 36 Billionen Dollar Staatsschulden der USA sind eine Menge Schulden. Es ist eine Menge Geld. 30 Prozent davon befinden sich in den Händen von ausländischen Anlegern. Die Vereinigten Staaten müssen Staatsanleihen an Ausländer verkaufen. Und es gibt eine

Grenze, wie viel Papiergeld die Federal Reserve kaufen kann, wie viel Staatsanleihen die Federal Reserve kaufen kann, und sie haben in den letzten Jahren einfach aufgehört, dies zu tun. Denn natürlich führt das irgendwann zu Inflation. Das ist also die derzeitige Lage der US-Wirtschaft. Und Sie können die Spannungen erkennen, die Trump mit seinem großen, schönen, enormen, gigantischen, wunderbaren Gesetz usw. geschaffen hat. Er wird diese Schulden um mindestens drei Billionen erhöhen. Sie können verstehen, warum Musk und Leute wie er sehr besorgt sind, weil sie die Spannungen erkennen können. Wenn man China noch mit einbezieht, kann man verstehen, was gerade passiert. Die Vereinigten Staaten müssen diese Staatsanleihen verkaufen. Sie müssen immer größere Mengen an Ausländer verkaufen, weil 30 Prozent an Ausländer gehen und China als wichtiger Käufer seine Bestände reduziert. Das ist keine gute Regelung. Das ist keine gute Ausgangslage. Wir werden sehen, wie es weitergeht. Aber es ist sehr instabil. Es wird nicht ewig so weitergehen. Das ist unmöglich.

DL: Abschließend möchte ich zum Thema der potenziell untragbaren Schuldenentwicklung die jüngste Ankündigung der NATO zur Erhöhung der Militärausgaben ansprechen. Ich glaube, es war Ende Juni, als sich die NATO-Regierungen ausgerechnet in Den Haag versammelten und verkündeten, dass sie sich gemeinsam verpflichtet hätten, ihre Verteidigungsausgaben bis 2035 auf fünf Prozent des BIP zu erhöhen. Und laut ihrer Erklärung, die den Titel „The Hague Summit Declaration“ (Erklärung des Gipfels von Den Haag) trägt, heisst es: „Die Verbündeten sind sich einig, dass diese Fünf-Prozent-Verpflichtung zwei wesentliche Kategorien von Verteidigungsinvestitionen umfasst. Die Verbündeten werden bis 2035 jährlich mindestens 3,5 Prozent des BIP auf der Grundlage der vereinbarten Definition der NATO-Verteidigungsausgaben bereitstellen, um die Kernanforderungen im Verteidigungsbereich zu finanzieren und die Fähigkeitsziele der NATO zu erreichen. Und die Verbündeten werden jährlich bis zu 1,5 Prozent des BIP für den Schutz unserer kritischen Infrastruktur, die Verteidigung unserer Netzwerke, die Gewährleistung unserer zivilen Vorsorge und Widerstandsfähigkeit sowie für die Förderung von Innovation und die Stärkung unserer Verteidigungsindustrie bereitstellen.“, Zitat Ende.

Bevor ich Sie zu dieser neuen Ausgabenverpflichtung befrage, Costas, möchte ich Ihnen und unserem Publikum einige Daten über die aktuellen Verteidigungsausgaben der NATO vorstellen, die vom Atlantic Council veröffentlicht wurden. Sie haben etwas, das sie „Defence Spending Tracker“ (Verteidigungsausgaben-Tracker) nennen. Ihren Daten zufolge lagen die Militärausgaben von acht NATO-Mitgliedern, darunter Spanien und Kanada, im Jahr 2024 unter zwei Prozent des BIP. 26 NATO-Länder lagen unter drei Prozent des BIP. Nur fünf lagen über drei Prozent. Bemerkenswert ist, dass eines davon Griechenland war, das, wie Sie nur zu gut wissen, im Verhältnis zu seinem BIP enorm verschuldet ist. Schließlich lag nur ein NATO-Land, Polen, über vier Prozent, und das nur knapp. Es ist also offensichtlich, Costas, dass viele NATO-Regierungen ihre Militärausgaben in den nächsten zehn Jahren drastisch erhöhen müssen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Meine erste Frage an Sie richtet sich also an die europäischen NATO-Mitglieder, und ich weiß, dass die Antwort natürlich nicht für alle gleich ist – es gibt unterschiedliche Ausgabenkapazitäten,

Verschuldungsgrade und so weiter –, aber halten Sie dieses Ziel für die europäischen NATO-Mitglieder insgesamt für realistisch?

CL: Ganz und gar nicht. Das ist nur eine weitere Zahl, die in einem Trump-Deal erscheint und scheinbar aus der Luft gegriffen ist. Und sie ermöglicht es Trump, damit zu prahlen, dass er der größte Erfolgsmensch der Vereinigten Staaten und der größte Präsident, den es jemals gab, ist und dergleichen. Es ist völlig unmöglich, dass dieser Anteil für die gesamte NATO auf fünf Prozent angehoben werden kann. Das ist völlig ausgeschlossen. Tatsächlich habe ich mir kürzlich den Haushalt des Vereinigten Königreichs angesehen, das militärisch gesehen ein wichtiges Land in Westeuropa ist, bereits jetzt einen erheblichen Betrag ausgibt und diesen auf fast 2,5 Prozent erhöht hat. Die Vorstellung, dass das Vereinigte Königreich angesichts seiner derzeitigen Wirtschaftslage, seines Haushalts, des Drucks auf den Sozialstaat, seiner Fähigkeit, Steuereinnahmen zu generieren, und seiner bereits bestehenden Verschuldung seine Verteidigungsausgaben in der nächsten Zeit proportional verdoppeln könnte, ist völlig unrealistisch. Das ist einfach unmöglich. Das einzige Land, das seine Ausgaben deutlich erhöhen könnte, ist Deutschland. Und der Grund dafür ist, dass der deutsche Staat nicht hoch verschuldet ist. Er könnte also seine Verschuldung deutlich erhöhen, und ein großer Teil davon könnte in Militärausgaben fließen.

Wie genau das geschehen wird, ist noch offen, und das ist der zweite Teil der Gleichung. Der erste Teil betrifft die unrealistische Annahme, dass fünf Prozent erreicht werden können. Der zweite Teil betrifft die Frage, was tatsächlich als Militärausgaben gelten wird, und hier kann man von Italien lernen. Wenn man sich die Italiener ansieht, die unter Meloni eine sehr enge politische Verbindung zu Trump haben, dann ist Italien einer der größten europäischen Unterstützer der Trump-Regierung, und Meloni, die italienische Ministerpräsidentin, hat ein sehr gutes persönliches Verhältnis zu Trump und will sich ihm in keiner Weise widersetzen. Er hat sich zu diesem Thema, den Militärausgaben, bisher zurückgehalten, aber in Italien gibt es eine lebhafte Debatte über die Höhe der Aufwendungen. Zuletzt habe ich gehört, dass die Italiener über den Bau einer Brücke zwischen Sizilien und dem Festland diskutieren, die die Straße von Messina überspannen könnte. Das ist ein sehr alter Traum der Italiener, Sizilien mit dem Festland zu verbinden. Ich weiß nicht, ob das wirtschaftlich sinnvoll ist, aber es gibt diesen Plan schon seit langer Zeit. Das könnte als Militärausgabe durchgehen. Aus dem gleichen Grund ist auch die Brücke, die die Krim mit dem russischen Festland verbindet, eine Art Militärausgabe. Das zeigt Ihnen, wie die europäischen Eliten darüber denken. Es könnte also durchaus sein, dass einige dieser Regierungen, nicht unbedingt Italien, aber vielleicht Deutschland, hohe Kredite aufnehmen und einen Teil dieser Ausgaben für Infrastrukturprojekte verwenden, die Deutschland dringend benötigt, beispielsweise für den maroden Schienenverkehr, und diese Ausgaben dann als Militärausgaben verbuchen, weil sie die Effizienz verbessern. Das haben Sie bereits in der Erklärung gelesen. Auf diese Weise könnten bestimmte Ausgabensteigerungen als Militärausgaben gelten.

Abgesehen davon ist die Vorstellung, dass die reinen Militärausgaben auf fünf Prozent steigen könnten, völlig aus der Luft gegriffen. Angesichts der derzeitigen Lage der meisten europäischen Volkswirtschaften ist dies einfach nicht möglich. Man könnte nun aus einer

nicht-militaristischen, nicht-imperialistischen Perspektive fragen, wie man dazu stehen sollte. Man könnte sagen, dass Europa dringend Ausgaben für die Infrastruktur benötigt. Europa braucht Ausgaben für die Umstrukturierung und den Wiederaufbau seiner industriellen Basis. Europa muss in mehr soziale Gerechtigkeit investieren und so weiter. Und dies auf militärischem Wege zu tun, ist ein weiteres Zeichen für die Unterwürfigkeit und Unterordnung Europas. Europa sollte sich klar positionieren und verkünden, dass seine Ausgaben weit über denen Russlands liegen, wenn Russland der Hauptfeind ist. Weit über denen Russlands. Wenn man die Militärausgaben Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zusammenrechnet, sind sie bereits deutlich höher als die Russlands. Europa muss seine Ausgaben nicht auf fünf Prozent erhöhen. Es muss seine Wirtschaft ankurbeln und seine wirtschaftliche Position neu ordnen. Und es muss sich gegen die Vereinigten Staaten behaupten, die die Welt auf einen militaristischen und imperialistischen Kurs drängen. Das Endergebnis wird für die Vereinigten Staaten und für die Welt nicht gut sein. Dem muss entgegengewirkt werden. Aber leider sind die europäischen Eliten bankrott. Man kann also nicht erwarten, dass sie in dieser Hinsicht etwas unternehmen.

DL: Hoffen wir, dass Deutschland nicht zum mit Abstand größten Militärausgabenposten in Europa wird, denn das letzte Mal, als dies der Fall war, endete es nicht gut für die Welt.

CL: Ich meine, daran werden wir anknüpfen. Aber...

DL: Bitte tun Sie das, bitte. Als Grieche denke ich, dass das, was die Griechen während des Zweiten Weltkriegs erlebt haben, in diesem Land ein sensibles Thema ist, wie ich mir vorstelle.

CL: Und in einer Reihe europäischer Länder ist die Vorstellung, dass Europa derzeit die Wiederherstellung einer deutschen Armee als mächtigste Streitmacht auf dem Kontinent braucht, einfach unglaublich. Ich meine, nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts ist die Vorstellung, dass wir irgendwie eine große deutsche Armee wiederaufbauen müssen, wenn das überhaupt möglich wäre – und dafür gibt es viele, viele Hürden zu überwinden, wobei jede Kritik daran abgetan wird –, dass Deutschland als Ganzes verändert ist. Wirklich? Dies ist ein Land, das die AfD zur zweitwichtigsten und mächtigsten Partei der Nation wählt. Wirklich? Wie ist das möglich? Warum steht der Aufstieg der AfD nicht in Zusammenhang mit einem möglichen Wiederaufleben des Militarismus in Deutschland? Ist es nicht denkbar, dass eine Militärmacht auf einer starken nationalistischen Basis entsteht und dergleichen? Warum ist das unmöglich? Das ist einfach nur kurzsichtig.

DL: Selbst die derzeitige Regierung, Costas, Merz, die Art und Weise, wie jetzt gegenüber Russland argumentiert wird und wie Dissidenten im Land unterdrückt werden, sogar Merz ist beängstigend. Ich bin nicht unbedingt anderer Meinung, wenn die Russen Merz als Nazi bezeichnen. Man könnte durchaus argumentieren, dass Merz immer mehr wie ein Nazi wirkt.

CL: Das kann man so sehen. Man muss dem nicht unbedingt zustimmen, aber man kann es so sehen. Auf jeden Fall. Natürlich ist die Vorstellung, dass wir so vorgehen müssen und dass das zum Wohle der deutschen Bevölkerung ist, einfach unglaublich. Die ersten Verlierer

wären die deutsche Bevölkerung, sollte es dazu kommen. Das muss man klar sagen. Das hat nichts mit Nationalismus zu tun, richtig? Wir wissen, dass die Zukunft völlig unvorhersehbar und sehr gefährlich ist, wenn Deutschland diesen Weg einschlägt. Und die ersten und größten Verlierer werden langfristig die Deutschen sein. Das ist das Letzte, was sie brauchen. Wir brauchen keinen deutschen Militarismus. Wir brauchen keine deutsche Wiederaufrüstung. Wir brauchen kein Deutschland, das wieder zur mächtigsten Militärmacht des Kontinents aufsteigt, was passieren kann. Wenn man die aktuellen Trends ungehindert weiterlaufen lässt, wird genau das passieren. Es ist die größte Volkswirtschaft. Sie werden ihre Traditionen wiederentdecken. Sie werden sie wiederbeleben. Und genau das wird geschehen. Das brauchen wir nicht. Das braucht Europa nicht. Und die Vereinigten Staaten drängen Deutschland in diese Richtung, während andere Kräfte im Vereinigten Königreich und anderswo sagen: Oh nein, wir sind nicht in Gefahr. Na gut, ja, sie sind natürlich nicht in Gefahr. Ich meine, die Welt, in der wir leben, ist eine Welt, die Margaret Thatcher vor 45 Jahren geschaffen hat, nicht wahr? Als sie im Grunde genommen den Neoliberalismus als politische Plattform erfunden hat. Sie hat ihn erfunden, und Reagan hat ihn dann übernommen. Wenn man Margaret Thatcher gesagt hätte, wo wir heute stehen würden, würde sie einen Herzinfarkt bekommen. Sie dreht sich bestimmt im Grab um. Der Gedanke, dass 45 Jahre später ihre Epigonen Deutschland wieder zur militärischen Großmacht des Kontinents machen wollen, möglicherweise sogar mit eigenen Atomwaffen, auch wenn das derzeit nicht auf der Tagesordnung steht, wäre für sie unvorstellbar gewesen. Und jetzt diskutieren wir ernsthaft darüber. Wir werden dumm. Europa wird dumm, das ist klar. Es ist kollektive Dummheit, die sich auf dem Kontinent durchgesetzt hat. Das ist nicht das erste Mal. Die Europäer haben eine lange und stolze Geschichte, sich gegenseitig die dümmsten Dinge anzutun und sich gegenseitig mit aller Gewalt zu bekämpfen. Und wir kennen die Ergebnisse.

DL: Wenn die Dummheit in Europa zyklisch ist, dann bedeutet das, dass irgendwann auch die Intelligenz zurückkehren wird. Hoffentlich geschieht dies noch zu unseren Lebzeiten. Auf jeden Fall ist es mir immer eine große Freude, mit Ihnen zu sprechen, und ich freue mich schon auf unser nächstes Gespräch.

CL: Danke, Dimitri. Ich auch. Ich freue mich auf unser nächstes Gespräch.

DL: Aus Griechenland berichten wir Ihnen, wir beide übrigens, am 30. Juli 2025.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
